

Die Geschichte der baltischen Staaten bis 1945

Joachim Tauber

Der Begriff „Baltische Staaten“, entstanden am Ende des Ersten Weltkrieges, lenkt den Blick auf eine Schicksalsgemeinschaft besonderer Art. Die Parallelität des Entstehens und Untergangs souveräner litauischer, lettischer und estnischer Staatlichkeit ist das bestimmende Typikum der baltischen Geschichte im 20. Jahrhundert. Erst mit den schwer erkämpften Staatsgründungen 1918/19 betraten Litauen, Lettland und Estland die europäische Bühne und erst dann kam es zu einer Synchronisierung der Zeitläufe und zum Verständnis der „Baltischen Staaten“ als einer europäischen Subeinheit. Dabei wiesen Litauen, Lettland und Estland bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts sprachlich, kulturell und historisch wenige Gemeinsamkeiten auf, sieht man einmal von der territorialen Nachbarschaft und der Zugehörigkeit zum russischen Zarenreich ab.

Im Folgenden soll ein Überblick über die Entwicklung bis 1945 gegeben werden, wobei der Schwerpunkt der Darstellung auf Litauen liegt, ohne dass die spezifischen Entwicklungen in Lettland und Estland außer Acht gelassen werden. Neben den außenpolitischen Abläufen wird auch auf wichtige innenpolitische Ereignisse eingegangen. Nicht zuletzt gilt der Phase der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg 1940–1944 ein besonderes Augenmerk.

Dass den baltischen Staaten überhaupt der Spielraum zu eigenen Staatsgründungen zuteil wurde, hängt eng mit dem Ablauf des Ersten Weltkrieges zusammen. Nachdem Litauen 1915 von den deutschen Truppen erobert worden war, dem 1917 und 1918 Lettland und Estland folgen sollten, unterstand die gesamte baltische Region den deutschen Besatzern. Eine Militärverwaltung regierte das Land, das die berühmt-berüchtigte Bezeichnung OberOst (für Oberbefehlshaber Ost) trug. Die Herrschaft der Militärs schlug sich in einer straffen Ausbeutung der Ressourcen der Region ebenso nieder wie in offenkundigen Germanisierungsbestrebungen, die deutliche Anklänge an koloniale Verhaltensnormen aufwiesen (Liulevicius 2002).

Da die deutsche Kriegspolitik auf eine Machterweiterung im Osten abzielte, zugleich aufgrund des Schlagwortes des Selbstbestimmungsrechts der Völker eine direkte Annexion des baltischen Raumes undurchführbar erschien, setzte man auf eine formale Selbständigkeit der Staaten, aber mit einer sehr engen Bindung an das Deutsche Reich. Deutlich wird dies an der ersten Unabhängigkeitserklärung Litauens im Dezember 1917, in der von einem ewigen Bündnis mit dem Deutschen Reich sowie einer Münz- und Militärunion die Rede war (Eidintas u. Žalys 1998, S. 24 ff.). Dann aber zeigte sich die Taryba, der von den Deutschen im Herbst 1917 konzedierte litauische Landesrat, wider-

spenstig, indem sie am 16. Februar 1918 ein weiteres Mal die Unabhängigkeit erklärte, diesmal jedoch mit keinem Wort auf eine besondere Beziehung zum Deutschen Reich einging, sondern von einem auf demokratischen Grundlagen fußenden litauischen Staatswesen sprach. Etwas anders verlief die Entwicklung in Lettland und Estland, denn hier stand den Militärs mit den Deutschbalten ein weitaus willfährigerer Ansprechpartner zur Verfügung als in Litauen. Schließlich sprachen sich die von Deutschbalten dominierten Landesversammlungen für einen Beitritt zum Deutschen Reich aus (Rauch 1990, S. 51 ff.). Eine wirkliche Selbständigkeit hätten die baltischen Länder unter diesen Umständen nicht erreichen können, doch die deutsche Niederlage im November 1918 beendete die Besatzungsherrschaft abrupt. Die deutsche Politik war zum Katalysator einer Entwicklung geworden, die weder von den Militärs in OberOst noch von der Reichsleitung in Berlin beabsichtigt worden war und die schließlich in die Unabhängigkeit der baltischen Staaten führen sollte.

Der eigentliche Kampf um die Unabhängigkeit begann jedoch erst mit dem Rückzug der demoralisierten deutschen Einheiten, denen auf dem Fuß Verbände der Roten Armee folgten. Dabei ging es nicht nur um die Unabhängigkeit an sich, sondern auch um die innere Ordnung der neuen Staaten. Die litauische Frage unterschied sich dabei von der lettischen und estnischen. Jene war durch eine andere Frontstellung gekennzeichnet, die sich im Streit um die territoriale Zugehörigkeit der Stadt Vilnius manifestierte. Polnische und litauische Ansprüche standen sich diametral entgegen: Während die einen auf die weit überwiegende polnischsprachige Bevölkerung und die kulturell-traditionellen Verbindungen mit Polen pochten, wiesen die anderen auf die historische Rolle der Stadt als Zentrum des Großfürstentums Litauen hin. Unter diesen Umständen überrascht es nicht, dass im Kampf um die litauische Unabhängigkeit nicht nur gegen die Rote Armee, sondern auch gegen polnische Einheiten gekämpft wurde. Mit deutscher Unterstützung gelang es zwar, die Bolschewiki vor Kaunas zum Stehen zu bringen, aber Vilnius, das in den wechselvollen Monaten mehrmals den Besitzer wechselte, blieb im November 1920 endgültig in polnischer Hand. Die Vilniusfrage sollte die litauische Außenpolitik während der ganzen Zwischenkriegszeit prägen (Senn 1959).

Eine weit größere Bedrohung stellten die bolschewistischen Truppen für die estnische und lettische Unabhängigkeit dar. Fast das gesamte Territorium der beiden zukünftigen Staaten geriet in die Hand der Roten Armee; am 3. Januar 1919 fiel Rīga. In Estland gab es seit 11. November 1918 eine provisorische Regierung, die unter dem Ministerpräsidenten Konstantin Päts den Aufbau einer eigenen Armee vorantrieb und schließlich gegen die Bolschewiki vorging. Jetzt zeigte sich, dass der rote Vormarsch im Januar 1919 seine Peripetie erreicht hatte. Schon Ende Februar 1919 war das estnische Territorium frei von Einheiten der Roten Armee. Auch die äußerst bedrohliche Lage in Lettland entspannte sich zusehends. Hier war die Republik am 18. November proklamiert und Kārlis Ulmanis zum Ministerpräsidenten berufen worden, eine lettische Sowjetrepublik wurde als Konkurrenzgründung wenige Tage später in Moskau ins Leben gerufen. In Lettland war die militärische Stabilisierung der Lage allerdings nur durch den Einsatz

deutscher Freiwilligenverbände zu erreichen, was nach dem Zurückdrängen der Bolschewiki zu lettisch-deutschen bzw. estnisch-deutschen Auseinandersetzungen führte. Dennoch: Mitte 1919 hatten alle drei baltischen Staaten ihre Unabhängigkeit nach innen und außen gesichert, was vor allem in den Friedensverträgen mit Moskau zum Ausdruck kam (Rauch 1990, S. 75 ff.; Hiden u. Salmon 1991, S. 25–40). Auch die westliche Staatenwelt, die immer noch eine gewisse *reservatio mentalis* gegen die drei Staaten hegte und bei einem Sieg der „Weißen“ im russischen Bürgerkrieg eine „Rückkehr“ der Balten in ein erneuertes Russland nicht ausschließen mochte, erkannte vor dem Hintergrund der Fortdauer der bolschewistischen Herrschaft die drei Staaten 1921 (Lettland, Estland) und 1922 (Litauen) *de jure an* (Made 2008, S. 11).

Die innere Ordnung der neuen Staaten wurde durch Nationalversammlungen begründet, wobei alle drei – wenig überraschend – auf das Modell der demokratisch-parlamentarischen Republik setzten. In Estland verfügte das Parlament gar über eine so starke Stellung, „daß die Regierung beinahe den Charakter einer Parlamentskommission erhielt“ (Rauch 1990, S. 82). Auch in Lettland und Litauen hatten die Volksvertretungen große Befugnisse erhalten, von denen insbesondere die Wahl des Staatspräsidenten zu erwähnen ist.

Die Innenpolitik aller drei Staaten war gekennzeichnet durch die Schaffung einer Staatsnation und eigenen Identität einerseits und durch die von diesen Aufgaben nicht zu trennenden sozial-wirtschaftlichen Umgestaltungen andererseits. Eben weil sich die drei baltischen Staaten als Nationalstaaten im klassischen Sinne verstanden, ergab sich fast zwangsläufig eine Spannungslinie entlang der ethnischen Grenzen. Dabei war es in Estland und Lettland eher die deutschbaltische Oberschicht, deren bisherige führende Stellung aufgehoben wurde, während sich in Litauen die politisch-diplomatische polnisch-litauische Auseinandersetzung geradezu zwangsläufig auch auf die polnischsprachige Minderheit ausdehnte, zumal diese auf dem Lande eher dem Stand der Grundbesitzer zugehörig war, während die litauischsprachige Bevölkerung in der Regel dem einfachen Bauernstand angehörte.

Insofern verfolgten die Agrarreformen im Baltikum neben den wirtschaftlichen Zielen immer auch deutlich ethnisch orientierte Absichten. Die Neuverteilung des Landes sollte auf Kosten der bisherigen landbesitzenden, meist nicht der Titularnation zugehörigen Schichten politische Dividenden erbringen und zugleich, ein weiteres wichtiges Ziel, die Attraktivität des sowjetisch-sozialistischen Zukunftsmodells massiv mindern, indem eine neue loyale Bauernschicht geschaffen wurde.

Die jeweiligen Reformen variierten in den Ausführungsbestimmungen: In Litauen setzten die Reformer mit 80 ha eine recht hohe Obergrenze für den privaten Landbesitz fest, darüber hinausgehender Besitz wurde unter Zahlung einer eher unbedeutenden Kompensation enteignet. Während es damit effektiv gelang, den Einfluss der polnischen (und russischen) Großgrundbesitzer auf ein Minimum zu begrenzen, ist das historische Urteil, was die Neusiedler betrifft, nicht nur positiv. Es entstanden in der Regel kleinbäuerliche Betriebe, deren Existenzfähigkeit immer sehr stark vom Exportmarkt ab-

hing, was permanent zu staatlichen Eingriffen, Subventionen, Monokulturen usw. führte (Vaskela 1998).

In Lettland und Estland kam es zu weit radikaleren Landverteilungen, die auch stärker als in Litauen eine antikommunistische Prägung trugen. In Estland wurden 96,6 % des Landes enteignet, eine erst Mitte der 1920er Jahre gezahlte Entschädigung entsprach nicht dem tatsächlichen Wert des Landes. In Lettland wurde den ehemaligen Besitzern bei der Enteignung Restland bis zu 50 ha belassen. Wie in Litauen wurde in den anderen beiden baltischen Staaten das negative Ziel der Reformen, die politische und soziale Entmachtung der Grundbesitzer, erreicht, während die positiven Ziele der Schaffung eines einheimischen „gesunden“ Bauernstandes nur partiell verwirklicht werden konnten. So dominierte auch in Lettland und Estland ein wirtschaftlich prekäres Kleinbauernrum, dessen Existenz immer durch die (welt)wirtschaftlichen Entwicklungen gefährdet war und der staatlichen Subvention bedurfte (Rauch 1990, S. 90 ff.).

Doch nicht die vermeintliche politische Unzuverlässigkeit der Landbevölkerung, sondern das Abwenden der politischen Elite von der 1918/19 geschaffenen Ordnung führte zu tiefen Umbrüchen in allen drei baltischen Republiken. Das Scheitern der demokratischen Staatsform ist dabei ein Typikum der europäischen Geschichte der Zwischenkriegszeit; die ostmitteleuropäischen Staaten bilden keine Ausnahme. In Litauen endete das demokratische Experiment bereits nach wenigen Jahren im Dezember 1926. Der Hintergrund für den Putsch junger Offiziere lag im spezifischen polnisch-litauischen Antagonismus verborgen; nachdem bis Mai 1926 eine konservativ-christdemokratisch-nationale Mehrheit die litauische Politik bestimmt hatte, kam nun die „linke“ Opposition aus gemäßigten sozialdemokratischen Vertretern, Landvolkpartei und Kräften der Minderheiten an die Macht. Bald eskalierte die Stimmung durch die Obstruktion der Christdemokraten und durch die immer wieder kolportierten Gerüchte, die neue Regierung werde Litauen „verraten“, indem sie die Forderung auf Vilnius aufgabe, der polnischen Minderheit Zugeständnisse mache und den bolschewistischen Umtrieben keinen Einhalt gebiete. So erschien der eigentliche Anlass für den Putsch, eine angeblich bevorstehende bolschewistische Verschwörung, der man zuvorkommen müsse, vielen nicht völlig aus der Luft gegriffen. Wie sich bald zeigen sollte, waren die eigentlichen Nutznießer des Putsches jedoch nicht die Christdemokraten, sondern die am nationalen Rand eine bislang unbedeutende Rolle spielenden Tautininkai (die „Völkischen“), die unter Führung des ersten Präsidenten der Republik Antanas Smetona standen. Nachdem Smetona seinen Konkurrenten Augustinas Voldemaras, den ersten Ministerpräsidenten des Landes, ausgestochen und das Parlament aufgelöst hatte, etablierte sich ein autoritäres Regime unter seiner unumstrittenen Vorherrschaft, das bis zum Juni 1940 an der Macht bleiben sollte (Truska 1996, S. 151–195).

Eine offene Frage ist, inwieweit die Entwicklung in Litauen durch den Staatsstreich Pilsudskis in Polen im Mai 1926 beeinflusst war, doch darf man getrost von einer gewissen Vorbildfunktion ausgehen. Dies gilt mutatis mutandis auch für die Ereignisse in Lettland und Estland 1934, wobei hier jedoch die Geschehnisse in Deutschland seit dem

30. Januar 1933 und die wirtschaftliche Entwicklung eine zentrale Rolle spielten. In Estland hielt sich Konstantin Päts an der Macht, indem er einem vermeintlichen Siegeszug der nationalistischen Freiheitskämpfer zuvorkam und unter Auflösung des Parlaments und Unterstützung durch die Armee weiter als Staatspräsident fungierte (12. März 1934). Auch in Lettland endete die Demokratie vor allem durch Druck aus rechtsradikalen Kreisen. Die sogenannten Donnerkreuzler standen ideologisch in ihrer antisemitisch-rassistischen Ausrichtung den Nationalsozialisten nahe und bedrohten das bisherige System. Kārlis Ulmanis, wie Päts und Smetona bereits bei der Staatsgründung einer der prominentesten politischen Führer, verkündete – offiziell wegen eines drohenden kommunistischen Umsturzes – in der Nacht vom 15. auf den 16. Mai 1934 das Kriegsrecht, das Parlament wurde sistiert, einige Parteien, darunter auch die Donnerkreuzler verboten (Rauch 1990, S. 142 ff.; Pajur 2001, S. 165–177).

Man hat für die nichtdemokratischen Regime Ostmitteleuropas den Begriff der Präsidialdiktaturen geprägt (Oberländer 2001, S. 3). Auffällig an der Krise des demokratischen Systems im Baltikum ist natürlich, dass ausgerechnet profilierte Vertreter der demokratischen Orientierung von 1918/19 zu den Führern der autoritären Regime wurden. Das weist auf Defizite hin, die im strukturellen Bereich zu suchen sind, zugleich aber auf krisenhafte Entwicklungen innerhalb der noch ungefestigten demokratischen Ordnung. In allen drei Staaten lassen sich geradezu klassische Problemfelder des Parlamentarismus feststellen (Vielzahl von Parteien, ideologische Gegensätze, häufige Regierungswechsel, schwache Zivilgesellschaft, Zergliederung in Subkulturen usw.). Die Kontinuität zwischen Staatsgründern und autoritären Herrscherfiguren legt zudem nahe, dass die parlamentarische Ordnung in einem gewissen Gegensatz zur Eigenstaatlichkeit bzw. zur Erhaltung derselben zu stehen schien. In diesem Sinne ist festzuhalten, dass alle drei Systeme stark national(istisch) orientiert waren, und somit dezidiert einem idealtypischen Nationalstaat nacheiferten. Zugleich stärkte die personale Kontinuität die Legitimität der Regime in besonderer Weise: Die staatliche Ordnung hatte sich gewandelt, die *dramatis personae* jedoch waren auf der Bühne geblieben.

In der Realität präsentierten sich alle drei Herrscher folgerichtig als patriarchalische Führer ihrer Nationen, was durch einen dementsprechenden Kult unterstrichen wurde. Deutlich wird dies beispielsweise an der neuen litauischen Verfassung aus dem Jahre 1928, die dem Staatspräsidenten, dem „Volksführer“ Smetona, ausufernde exekutive und legislative Funktionen zubilligte. Dazu gehörte das Recht der Parlamentsauflösung, die Gesetzesinitiative und die Berufung und Entlassung von Regierungschef und Kabinett (Lopata 2001, S. 129 f.).

So tiefgreifend der innere Wandel von der Demokratie zum Präsidialregime auch erscheinen mochte, außenpolitisch waren die Umstürze mit keiner nennenswerten Neuorientierung verbunden. Schon in der Phase der Kämpfe um die Unabhängigkeit hatte sich gezeigt, dass die estnischen und lettischen Erfahrungen und Schlussfolgerungen sich von den litauischen unterschieden. In Tallinn und Riga sah man – wenig überraschend nach dem Vormarsch der Roten Armee 1919 – vor allem in der Sowjet-

union und in geringerem Maße im Deutschen Reich diejenigen Staaten, von denen am ehesten eine außenpolitische Gefährdung ausgehen konnte, denn das Streben Deutschlands nach einer Revision des Versailler Vertrages konnte in der weit von den Grenzen des zarischen Russlands abgedrängten Sowjetunion in den 1920er Jahren durchaus auf wohlwollendes Verständnis treffen. Da der deutsche und der sowjetische Revisionismus ihren gemeinsamen Nenner in einer antipolnischen Ausrichtung fanden, lag es nahe, dass Lettland und Estland ausgesprochen gute Beziehungen zu Warschau unterhielten. Dies führte zum Abschluss eines Nichtangriffs- und Konsultationspakts zwischen Polen, Finnland, Estland und Lettland, der am 17. März 1922 in Warschau unterzeichnet wurde (Rauch 1990, S. 108).

Ganz anders stellte sich die litauische Analyse der Lage dar: Sowohl die Sowjetunion als auch das Deutsche Reich unterstützten – aufgrund ihrer antipolnischen Politik – die litauischen Ansprüche auf Vilnius. Eine Verschärfung der polnisch-litauischen Spannungen entsprach den deutschen und sowjetischen Interessen, so dass in Kaunas mehr oder weniger offen (Sowjetunion) bzw. verdeckt (Deutschland) Litauen zu einem Ausharren in der Vilniusfrage geraten wurde. Zur Schwierigkeit der Situation trug bei, dass der litauische Handstreich auf das Memelgebiet im Januar 1923 zwar mit stillschweigender deutscher Zustimmung geschehen war, aber die deutsch-litauischen Beziehungen doch zunehmend durch den Streit um Memel belastet wurden. Das strategische Dilemma Litauens liegt klar auf der Hand: Während man in Memel Vertreter der Versailler Ordnung war, zählte man bei der Vilniusfrage zu den revisionistischen Mächten. Eine außenpolitische Lösung im Sinne von Kaunas ähnelte somit in fataler Weise einer Quadratur des Kreises (Tauber 2009, S. 177 ff.).

Eine außenpolitische Abstimmung der baltischen Staaten untereinander konnte unter diesen Umständen nie erreicht werden. Die Konferenzen und Gipfeltreffen in den 1920er Jahren bestätigten immer wieder den grundsätzlichen Antagonismus. Litauen boykottierte seinerseits alle Gespräche mit polnischer Teilnahme und versuchte beharrlich, Lettland und Estland auf die eigene Seite zu ziehen. Im Kern des Scheiterns aller baltischen Bündnispläne stand der polnisch-litauische Antagonismus, er verhinderte jegliche politische und militärische Zusammenarbeit im nördlichen Ostmitteleuropa, die französisch-polnische Bündnispolitik scheiterte beim Aufbau der nördlichen Flanke des „cordon sanitaire“. Damit besitzt der Streit um Vilnius eine internationale Dimension, die weit über alle anderen territorialen Streitigkeiten unter den 1918/19 neuentstandenen ostmitteleuropäischen Staaten hinausreicht.

Selbst als es im Jahre 1934 endlich zu einer „Baltischen Entente“ kam, stand die Vilniusfrage im Hintergrund. Litauens außenpolitische Situation hatte sich durch die polnisch-deutsche Entspannung (Nichtangriffserklärung Januar 1934) und die Verschärfung der Lage im Memelgebiet massiv verschlechtert. Parallel zu Sondierungen in Polen war Kaunas nun bereit, auch eine engere Kooperation mit den baltischen Nachbarn anzustreben. Der Wandel der litauischen Politik führte schließlich zu einem Gipfeltreffen in Kaunas im Juli 1934. Der schwierigste Punkt der Verhandlungen war, wie nicht

anders zu erwarten, die Vilniusfrage. Litauen wollte von den potentiellen Partnern zumindest die Versicherung einer wohlwollenden Neutralität für seine „spezifischen Probleme“, doch dazu waren Lettland und vor allem das polenfreundliche Estland nicht bereit. Nachdem die Gespräche im August 1934 in Riga fortgesetzt worden waren, kam es schließlich doch noch zu dem Vertrag über „Freundschaft und Zusammenarbeit“, der am 12. September 1934 in Genf beim Völkerbund unterzeichnet wurde.

Im Artikel 1 vereinbarten die baltischen Staaten eine Zusammenarbeit in der Außenpolitik und gegenseitige Unterstützung in internationalen Angelegenheiten. Im Artikel 3 wurde jedoch zugleich festgehalten, dass Litauens „spezifische Probleme“ nicht unter den Artikel 1 fielen. Mindestens zweimal im Jahr sollten sich die Außenminister zu Gipfelgesprächen treffen, die Auslandsvertretungen eng zusammenarbeiten. Dem Vertrag konnten weitere Staaten beitreten, wenn alle drei (!) baltischen Staaten dem zustimmten (Anderson 1988; Feldmanis u. Stranga 1994).

Weitgehend unbekannt ist, dass Lettland und Estland in einem vertraulichen Protokoll erklärten, unter „spezifischen Problemen“ sei nur die Vilniusfrage zu verstehen. Bereits in den lettisch-estnischen Vorgesprächen zum Treffen in Kaunas herrschte nämlich Einigkeit, dass die nationalsozialistische Aktivität im Memelgebiet auch eine Bedrohung für die eigenen Länder darstelle, weswegen man Litauen unterstützen müsse (Feldmanis u. Stranga 1994, S. 30 f.). Dieses Engagement erleichterte Litauen die Zustimmung zum Vertrag, doch bereits ab 1935 distanzierte man sich in Riga und Tallinn mehr oder weniger von einer Unterstützung Litauens in Memel. Besonders deutlich wurde zwei Jahre später der estnische Gesandte in Kaunas: In einem Gespräch im November 1937 entgegnete er dem litauischen Außenminister Lozoraitis auf dessen Klarstellung, im Falle eines Angriffs auf Memel werde Litauen „bis zum Ende kämpfen“, ungerührt, keine Nation werde auch „nur einen Finger heben“, um Litauen zu helfen (Feldmanis u. Stranga 1994, S. 87).

Die Bedeutung der Baltischen Entente wird in der Historiographie daher übereinstimmend als gering bezeichnet. Sie sei „weak and helpless“ (Feldmanis u. Stranga 1994, S. 84) gewesen, es habe sich um ein „moribund“ (Eidintas u. Žalys 1998, S. 154) Bündnis gehandelt, das sich nur auf „mutual consultation“ (Anderson 1988, S. 93) beschränkt habe. In der Tat ist die Bezeichnung Entente eher propagandistisch zu werten, denn weder wurde eine wirtschaftliche noch gar eine militärische Zusammenarbeit vereinbart bzw. erreicht, die regelmäßigen Außenministertreffen sollten sich bald als lästige Pflichtübungen entpuppen, von denen keine neuen Ansätze ausgingen.

Die entscheidende Schwäche der Baltischen Entente in den 1930er Jahren lag wie bereits am Ende des Ersten Weltkrieges in den völlig unterschiedlichen Bedrohungsperzeptionen der baltischen Staaten. Während Estland vor allem in der Sowjetunion eine potentiell aggressive Macht sah, unterhielt Kaunas außergewöhnlich gute Beziehungen zu Moskau. Vice versa galt Estland als der „polnische Freund“ unter den Balten, was dem Grundkonsens der litauischen antipolnischen Politik diametral entgegenstand. Und die Letten fühlten sich sowohl von Moskau als auch Berlin bedroht. Der lettische

Außenminister Munters brachte 1935 die inneren Widersprüche auf den Punkt: „Lithuania with two serious problems and a strong orientation toward Moscow, which realistically is poorly justified. Estonia with its pathological mania about Poland and its entirely calcified doctrines in foreign policy [...] and a peculiar orientation toward Finland. And us – the country which has to maintain balance among all three and which faces all the pressure from nations which are dissatisfied with the independent policies of the Baltic States, including, sometimes, our allies, the Estonians“ (Feldmanis u. Stranga 1994, S. 85).

Festzuhalten bleibt, dass sich an der nördlichen Flanke Ostmitteleuropas kein Sicherheits- und Bündnissystem entwickelte, das diesen Namen verdient hätte. Auch die baltische Kooperation wurde letztlich durch den litauisch-polnischen Antagonismus entwertet. Als sich Ende 1939 und Anfang 1940 die baltischen Außenminister zum, wie sich bald zeigen sollte, letzten Mal trafen und bereits die exterritorialen Basen der Roten Armee in den baltischen Ländern stationiert waren, stieß die litauische Aufforderung, das Vilniusgebiet als litauisches Territorium anzuerkennen, auf die strikte Ablehnung Lettlands und Estlands, wobei Riga und Tallinn ihre Haltung mit der angesichts der faktischen Situation überraschenden Erklärung begründeten, Litauen habe das Vilniusgebiet von der Sowjetunion erhalten, was nicht der litauischen Neutralitätspolitik entspreche und daher illegal sei (Feldmanis u. Stranga 1994, S. 102). Symbolhaft hatte die Vilniusfrage nochmals ihre zentrale Bedeutung für das Baltikum bewiesen.

Die fehlende außenpolitische Kohärenz leistete den Entwicklungen ab März 1938 Vorschub, obwohl auch eine über die bloße Deklaration hinausgehende Baltische Entente das Kommende nicht hätte verhindern können. Bereits im März 1938 hatte Kaunas, gezwungen durch ein polnisches Ultimatum, als dessen Anlass eine (aufgrund des Schmuggels durchaus nicht seltene) Schießerei an der Demarkationslinie, bei der ein polnischer Grenzer ums Leben gekommen war, vorgeschoben wurde, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Litauen und Polen erzwungen (Senn 1982). Damit war die litauische Politik in der Vilniusfrage gescheitert, auch wenn Polen die Regierung in Kaunas nicht zu einem offiziellen Verzicht in der Angelegenheit nötigte. Auch die zweite außenpolitische Besonderheit des größten baltischen Staates fand eine erzwungene Lösung. Am 23. März 1939 stimmte Litauen nach einer ultimativen Drohung des deutschen Außenministers der „Rückkehr“ des Memelgebietes in das Deutsche Reich zu (Tauber 1995, S. 115 ff.).

Der Weg in die Katastrophe wurde endgültig am 23. August 1939 in Moskau beschritten. Das nationalsozialistische Deutschland und die stalinistische Sowjetunion einigten sich in dem Geheimen Zusatzprotokoll zu ihrem Nichtangriffsvertrag über die Ein- und Aufteilung Ostmitteleuropas. Der für die baltischen Staaten entscheidende Passus lautete: „Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung in den zu den baltischen Staaten (Finnland, Estland, Lettland, Litauen) gehörenden Gebieten bildet die nördliche Grenze Litauens zugleich die Grenze der Interessensphäre Deutschlands und der UdSSR. Hierbei wird das Interesse Litauens am Wilnaer Gebiet beiderseits anerkannt“ (Hillgruber u. Hildebrand 1980, S. 64). Nachdem in einem weiteren Geheimen Zusatzproto-

koll zum deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag am 28. September 1939 im Tausch gegen polnische Gebiete auch Litauen der sowjetischen Interessensphäre zugeschlagen worden war (Hillgruber u. Hildebrand 1980, S. 68), zeichnete sich das Ende der Unabhängigkeit deutlich ab.

Die Sowjetunion ging sofort daran, die neue Abmachung in die Tat umzusetzen. Bereits am 29. September 1939 eröffnete der sowjetische Außenminister Molotov dem litauischen Gesandten, man erwarte den umgehenden Besuch des litauischen Außenministers, um die „freundschaftlichen“ Beziehungen auszubauen. Damit in Kaunas keine Illusionen über das Ziel der Gespräche aufkamen, stellte Molotov klar, „[...] dass Litauen politisch zu fast 100 Prozent den Sowjets gehöre, und dass die Deutschen gegen das, was die Sowjets mit Litauen vereinbarten, nichts einzuwenden hätten“ (Breslavskienė 1993, S. 68, Übers. J. T.). Die Aufzeichnungen über die „Verhandlungen“ zwischen den Sowjets und der litauischen Delegation, an deren Spitze Außenminister Urbšys stand, belegen in einer für sich sprechenden Weise die zynische und skrupellose Politik der Sowjetunion. Die Anwesenheit Stalins unterstrich die Bedeutung, die Moskau den „Gesprächen“ zumaß. Die Sowjets machten aus ihren Abkommen mit Hitler kein Geheimnis: „[...] Deutschland hat zugestimmt, dass Litauen, wie Lettland und Estland, in die Interessensphäre der UdSSR gehören“ (Breslavskienė 1993, S. 71, Übers. J. T.). Stalin kam dann zum Kern der Sache: Der sowjetische Diktator forderte einen gegenseitigen Beistandspakt, zu dessen Sicherung und Umsetzung die Rote Armee exterritoriale Basen in Litauen erhalten sollte. Außerdem war die Sowjetunion bereit, das nach dem sowjetischen Einmarsch in Polen besetzte Vilniusgebiet an Litauen zu übergeben. Die verzweifelten Versuche der litauischen Delegation, die eigene Neutralität doch noch zu wahren, scheiterten an der Unnachgiebigkeit von Molotov und Stalin, immerhin gelang es, die Zahl der zu stationierenden Einheiten der Roten Armee von 50 000 auf 20 000 Mann deutlich zu vermindern (Tauber 1998, S. 52 ff.). Am 10. Oktober 1939 unterzeichnete Litauen den aufgezwungenen Beistandspakt. Analog verfuhr die Sowjetunion in Estland (28. September 1939) und Lettland (5. Oktober 1939), so dass alle drei baltischen Staaten Stationierungen von Truppen der Roten Armee auf ihrem Staatsgebiet zulassen mussten (Bleiere 2008, S. 188 ff.; Rauch 1990, S. 189–205).

Die völlige Abhängigkeit von der UdSSR zeigte sich anlässlich des sowjetisch-finnischen Winterkrieges 1939/40. Bei der Abstimmung im Völkerbund, inzwischen ein Relikt vergangener Zeiten, über den Ausschluss der Sowjetunion als Aggressor enthielten sich alle drei baltischen Staaten der Stimme. Die litauische Zensur überwachte die Presse, um sowjetkritische Neuigkeiten zu unterdrücken. Auf welcher Seite die Sympathien lagen, dürfte einleuchten. Die politische Polizei Litauens berichtete über die Stimmung der Bevölkerung: „Oft wurde gesagt, dass die Finnen ein Beispiel gegeben hätten, wie man sein Land verteidigen muss“ (Truska 1996, S. 365).

Ob die Sowjetunion von vornherein ausschließlich eine direkte Okkupation der baltischen Staaten beabsichtigte und die Beistandspakte vom September/Oktober 1939 nur ein Zwischenstadium darstellten, ist eine offene Frage. Als Option, abhängig von der

jeweiligen weiteren Entwicklung, gehörte ein solcher Schritt sicherlich zum Arsenal sowjetischer Politik. Der Verlauf des europäischen Krieges bot dann die Chance, die baltischen Staaten quasi im Windschatten Hitlers zu zerschlagen. Jedenfalls weisen die sowjetischen Aktionen, die am Beispiel Litauens geschildert werden sollen, einen klaren zeitlichen Bezug zu den militärischen Ereignissen in West- und Nordeuropa auf. Nach dem sowjetisch-finnischen Friedensschluss vom 12. März 1940 und dem deutschen Angriff auf Dänemark und Norwegen am 9. April 1940 häuften sich die Aktivitäten der weiterhin illegalen litauischen Kommunisten. Unmittelbar nach dem deutschen Angriff im Westen (10. Mai 1940) ging es Moskau offenkundig nur noch um eine Eskalation der diplomatischen Beziehungen: Zunächst wurden Vorwürfe erhoben, dass Rotarmisten in Litauen mit Wissen und Billigung litauischer Regierungsstellen entführt worden seien. Obwohl die Sowjets alles taten, um die litauischen Behörden an einer Aufklärung der „Entführungen“ zu hindern, war Kaunas geradezu verzweifelt bemüht, die Beziehungen zu entspannen. Je deutlicher sich ein deutscher Sieg im Westen abzeichnete, desto schärfer wurde der sowjetische Ton. Als Molotov am 4. Juni dringend um einen Besuch des litauischen Ministerpräsidenten ersuchte, war klar, dass Moskau mehr im Sinn hatte als die im Oktober 1939 getroffene Regelung. Die sowjetischen Angriffe, die inzwischen nicht nur die „Entführungen“ betrafen, sondern sich auf den Vorwurf konzentrierten, Litauen sabotiere das gegenseitige Beistandsbündnis, wurden immer heftiger, bis Molotov in der Nacht vom 9. auf den 10. Juni plötzlich behauptete, die drei baltischen Staaten hätten ein Militärbündnis miteinander geschlossen. Nur wenige Stunden nach dem Einzug deutscher Truppen in Paris, in der Nacht vom 14. auf den 15. Juni 1940, stellte die sowjetische Regierung Litauen ein Ultimatum. Neben der Ablösung der angeblich für die „Entführungen“ Schuldigen forderte Moskau die Installierung einer Regierung, die den Beistandspakt wirklich respektiere. Damit brach die Sowjetunion zwar den Artikel 7 des Oktobervertrages, der die Einmischung in innere Angelegenheiten untersagte, doch das eigentliche Ziel wurde in der letzten Forderung des Ultimatums deutlich: Litauen hatte dem weiteren Einmarsch sowjetischer Truppen in ungenannter Höhe zuzustimmen! Eine Antwort erwartete die Sowjetregierung bis 10.00 Uhr am 15. Juni 1940, also nur wenige Stunden nach der Übergabe des Ultimatums. Ungewollt entlarvte Molotov selbst die ganze Angelegenheit als Farce, indem er der litauischen Delegation sagte: „Die [Rote] Armee marschiert morgen in Litauen ein, egal wie Ihre Antwort ausfallen wird“ (Urbšys 1990, S. 93).

In Kaunas rang die Regierung um die Frage, ob man sich der Okkupation widersetzen solle. Den Ausschlag gab schließlich die Einsicht, dass jede militärische Gegenwehr nicht zuletzt aufgrund der bereits im Lande stationierten Einheiten der Roten Armee sinnlos sei und in einem Blutvergießen enden werde (Tauber 1998, S. 66 ff.). Am 15. Juni hielten weitere Truppen der Roten Armee ihren Einzug in Litauen. Estland und Lettland erhielten umgehend ähnliche Ultimaten und mussten die Okkupation nur wenige Stunden nach Litauen, am 17. Juni 1940, hinnehmen (Rauch 1990, S. 208 ff.; Bleiere 2008, S. 246 ff.).

In raschem Tempo wurden nun aus den unabhängigen Staaten neue Sowjetrepubliken. Um den Anschein von Freiwilligkeit aufrecht zu erhalten, inszenierten die Sonderbeauftragten Moskaus in Vilnius, Riga und Tallinn manipulierte Parlamentswahlen; diese „Volksvertretungen“ sprachen sich für den „freiwilligen Beitritt“ ihres Landes zur Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken aus. Bereits Anfang August 1940 war die Komödie mit der Annahme des Beitrittsgesuches der baltischen Länder durch den Obersten Sowjet in Moskau abgeschlossen (Rauch 1990, S. 211 ff.; Taagepera 1993, S. 60 ff.).

Das nun folgende Jahr Sowjetherrschaft hat sich tief ins kollektive Gedächtnis der Menschen im Baltikum eingegraben. Die Zerschlagung der bisherigen Wirtschaftsstruktur und der Umbau der Ökonomie zur Planwirtschaft, die permanente Agitierung gegen vermeintliche Klassenfeinde, der Aufbau eines Überwachungsapparates, die Ächtung der bisherigen Eliten, mit einem Wort: die Realität des Stalinismus zerstörte bei einer Mehrheit der Bevölkerung jegliche Illusionen über die Sowjetunion, die man sich vielleicht im Juni 1940 noch gemacht hatte.

Im Juni 1941 begannen dann noch großangelegte, offensichtlich von langer Hand geplante Festnahmen ganzer Familien, die als Staats- und Klassenfeinde ins Innere der Sowjetunion deportiert wurden. Inzwischen sind die Zahlen durch die historische Forschung ermittelt worden: Allein in Litauen wurden in diesen Julitagen ca. 18 000 Menschen (darunter Frauen und Kinder) nach Osten verschleppt, in Estland gerieten ca. 10 000 Personen in die Mühlen der stalinistischen Sicherheitsdienste, und in Lettland fielen ca. 15 500 Einheimische den Sowjets zum Opfer (Brandes et al. 2010, S. 398, 391, 226).

Als am Morgen des 22. Juni 1941 die Heeresgruppe Nord im Rahmen des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion den Angriff auf das Baltikum begann, hing die Reaktion der Bevölkerung von ihren Erfahrungen mit dem Jahr der Sowjetherrschaft ab. Es ist nachvollziehbar, dass die deutschen Truppen in den baltischen Staaten als Befreier vom bolschewistischen Joch empfangen wurden: Die ersten Beobachtungen zum Verhalten der litauischen Bevölkerung stammen aus den Abendstunden des 22. Juni 1941: „Bevölkerung z. T. hochofrenet, deutscher Gruß, Blumen“ (BA-MA RH 21-3/430, Bl. 5, Abendmeldung des Ic der Panzergruppe 3 vom 22. Juni 1941, 15.30 Uhr, Hervorh. i. Orig.). Selbst in Vilnius, wo die Litauer gegenüber Polen und Juden nur eine kleine Minderheit bildeten, war kein Unterschied zu den kernlitauischen Gebieten feststellbar: „In Wilna freudige Begrüßung der deutschen Truppen. Litauer sagen allgemein aus, daß Kampf zwischen Deutschland und Rußland mit Ungeduld erwartet sei. Zahlreiche litauische Fahnen in Dorf und Stadt“ (BA-MA RH 21/430, Bl. 10 Rückseite, Abendmeldung des Ic der Panzergruppe 3 vom 24. Juni 1941).

Diese Euphorie über den deutschen Einmarsch wich bald der Ernüchterung, als klar wurde, dass auch die neuen Herren eine Besatzungspolitik verfolgten, die den baltischen Hoffnungen auf eine wie auch immer geartete Form der Selbstbestimmung umgehend eine Enttäuschung bereite. Als Teil des Reichskommissariates Ostland unterstanden die Generalbezirke Estland, Lettland und Litauen dem schleswig-holsteinischen Gaulei-